



# -Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

## Corona-Impfstoff – „Ein Weihnachtsgeschenk“

Aktuelle Stunde des Bundestages zur Impfstrategie

**Die baldige Zulassung eines Corona-Impfstoffes in der EU gibt Anlass zur Zuversicht. Redner der Unionsfraktion kündigten in einer aktuellen Stunde des Bundestags einen zügigen Beginn der Impfungen an. Vorrang haben dabei alte und pflegebedürftige Menschen sowie medizinisches Personal.**

Dass der Impfstoff, den das Mainzer Unternehmen BioNTech in Zusammenarbeit mit Pfizer entwickelt hat, voraussichtlich in wenigen Tagen zugelassen werde, sei „ein wunderbares Weihnachtsgeschenk“, sagte Karin Maag, die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion. Auch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sprach von „Licht am Ende des Tunnels“. Noch nie zuvor in der Menschheitsgeschichte sei ein Impfstoff so schnell entwickelt worden. Dies zeigt, dass der Forschungsstandort Deutschland sehr viel leistungsfähiger ist als oftmals der Eindruck erweckt wird.

Bewusste Entscheidung für ordentliche Zulassung  
Gleichwohl hat die europäische Arzneimittelagentur EMA sich mehr Zeit für die Prüfung des Impfstoffes gelassen als die Behörden anderer Länder, etwa Großbritanniens oder der USA. Spahn verteidigte dieses Vorgehen. Man habe sich bewusst für eine ordentliche Zulassung entschieden und nicht für eine Notzulassung. So können die Studien intensiver ausgewertet werden. Nur wenn der Wirkstoff erwiesenermaßen wirksam und verträglich sei, hätten die Menschen Vertrauen in die Impfung. Mit Blick auf Impfgegner und Skeptiker sei dies von großer Bedeutung. Zudem haben sich die EU-Länder entschieden, den Impfstoff gemeinsam zuzulassen, damit das Impfen in allen Ländern gleichzeitig beginnen kann. Deutschland und

einige andere Staaten hätten eine nationale Notzulassung stemmen können, andere wären damit jedoch überfordert gewesen. Es hätte also eine tiefe Spaltung in Europa gedroht.

„Impfen ist ein Segen für die Menschheit“

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Georg Nüßlein rief diesen Zweiflern zu: „Impfen ist ein Segen für die Menschheit.“ Das habe die erfolgreiche Bekämpfung von Pocken über Polio bis zu Masern gezeigt. Auch bei der Eindämmung des Coronavirus gehe es darum, Menschenleben zu retten und schwere Krankheitsverläufe zu verhindern. Gleichwohl werde es keine Impfpflicht geben. Im Gegenteil: Da anfangs nicht genügend Impfdosen für alle, die geimpft werden wollen, vorhanden seien, müsse eine Priorisierung erfolgen.

Priorisierung per Verordnung

Bundesminister Spahn hat heute durch eine Rechtsverordnung festgelegt, welche Gruppe zuerst geimpft wird. Ein eigenes Gesetz ist dafür nicht nötig, weil die Kriterien für die Rangfolge bereits vor wenigen Wochen mit dem Dritten Bevölkerungsschutzgesetz festgelegt wurden.

Begonnen wird mit den über 80-Jährigen, den Pflegebedürftigen und denjenigen, die sie pflegen und betreuen. Zur zweiten Gruppe zählen demnach Personen ab 70 Jahren, Demenzkranke, Menschen mit Trisomie 21 und Transplantationspatienten, zudem Bewohner von Obdachlosen- oder Asylbewerberunterkünften und enge Kontaktpersonen von Pflegebedürftigen. Die dritte Gruppe umfasst über 60-Jährige, chronisch Kranke, Personen in besonders relevanter Position in staatlichen Einrichtungen sowie Erzieher, Lehrer und Mitarbeiter im Einzelhandel. ■

### Die SPD lässt die Bundeswehr im Stich

Zum Schutz der deutschen Soldaten und Soldatinnen im Auslandseinsatz pocht die Unionsfraktion auf die Beschaffung von bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr. In einer Bundestagsdebatte warfen Abgeordnete von CDU und CSU der SPD-Fraktion, die ihre Zustimmung zur Beschaffung verweigert, Wortbruch vor.

CDU, CSU und SPD hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, über die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr nach ausführlicher, völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung zu entscheiden. Die Entscheidung über das Beschaffungsvorhaben stand im Dezember an, nachdem über diese Fragen bereits seit zehn Jahren intensiv diskutiert wird. Die SPD-Fraktion hatte dazu eigentlich ihre Zustimmung signalisiert, auf den letzten Metern aber ihre Meinung revidiert. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Fritz Felgentreu, war daraufhin aus Protest von seinem Amt zurückgetreten. Mit ihrem Wortbruch schwenkt die SPD, wohl schon im Hinblick auf die Bundestagswahlen im September 2021 auf die Haltung der Linkspartei ein. ■

### EEG-Novelle unter Dach und Fach

Der Bundestag hat in dieser Woche die EEG-Novelle beschlossen, die damit zum Jahresbeginn in Kraft treten kann. Dabei war es der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein wichtiges Anliegen, die Eigenverbrauchsgrenze bei kleinen Erneuerbaren-Anlagen, insbesondere Solaranlagen, anzuheben. Wir haben uns auf eine Anhebung von 10 kW auf 30 kW und von 10 auf 30 MWh pro Jahr verständigt. Damit werden die meisten Solar-Dachanlagen von Ein- und Zweifamilienhäusern von der EEG-Umlage befreit. Dies ist ein starker Anreiz, neue Solarstromanlagen aufs eigene Dach zu bauen.

Krichbaum erreichten in den letzten Monaten viele Zuschriften aus der Region, in denen gefordert wurde, dass Solaranlagen, die nach 20 Jahren aus der EEG-Förderung herausfallen, auch künftig weiter genutzt werden können. Das Bundeswirtschaftsministerium sah zunächst vor, dass hierfür zwingend sog. „Smart Meter“ eingebaut werden müssen. Dies hätte viele Hausbesitzer völlig überfordert,

denn der Betrieb wäre dann nicht mehr wirtschaftlich möglich gewesen. In der Konsequenz wären die Anlagen abgebaut worden. Das kann natürlich niemand wollen, denn wir brauchen ja mehr Solarstrom, um die Klimaziele zu erreichen. Auch hier ist in den parlamentarischen Beratungen eine gute Lösung gelungen. Für Kleinanlagen ist die Verpflichtung für Smart Meter gestrichen worden.

Der Bundestag hat auch die Beteiligung der Standortkommunen an den Erträgen aus Windkraftanlagen verbessert. Mit der Möglichkeit, dass der Betreiber von Windenergieanlagen den Standortkommunen künftig jährlich 0,2 Cent je Kilowattstunde zahlen kann, verbessern wir die Möglichkeiten, die Akzeptanz für Windenergieprojekte vor Ort zu verbessern. Auch bei der Gewerbesteuer sollen die Standortkommunen künftig stärker profitieren. ■

### Krichbaum fragt die Bundeskanzlerin

Am Mittwoch stellte sich Angela Merkel zum letzten Mal in diesem Jahr den Fragen der Abgeordneten. Auch Gunther Krichbaum gehörte zu den Fragestellern. Hier können Sie seine Fragen und die Antworten der Kanzlerin ansehen:

<https://www.facebook.com/krichbaum.bundestag/videos/2811168809210944> ■

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes, gesundes Jahr 2021! Dies war ein ganz besonderes Jahr, das wir wohl alle niemals vergessen werden. Doch für 2021 dürfen wir Hoffnung haben, dass sich unser Leben Stück für Stück wieder normalisiert.

Ich möchte mich bei Ihnen ganz herzlich für Ihre Unterstützung und Ihr Interesse an „Berlin Aktuell“ danken. Auch im nächsten Jahr werde ich Sie am Ende der Sitzungswochen des Deutschen Bundestages über aktuelle Themen aus Berlin informieren.

Ihr

